

Der Oberreichsanwalt
beim Volksgerichtshof

Berlin, den 6. September 1943.

7 J 366/43

58729/43

Otto

Schutzhaft !

Vertraulich

Weitergabe nur rechtfertigen bei
Beförderung dienstlicher Angelegenheiten
hohem für höhere Stellen
(vgl. § 333c StGB)

- H = Hauptband,
- S = Sonderband,
- A = Anlagenband.

18

Anklageschrift

- S I 8 ~~V1~~ Den Hauptschullehrer Dr. phil. Johann Otto Haas aus Wien 20, Kolpingstraße 18/II/6, ledig, geboren am 6. Januar 1906 in Ungarisch-Altenburg, gerichtlich nicht bestraft, am 20. Juni 1942 vorläufig festgenommen, zur Zeit im Gerichtsgefängnis Wien II/27, Schiffamtsgasse 1 (1703/42),
- S II 6 ~~V2~~ den Hauptlehrer Eduard Göth aus Wien-Hinterbrühl 24, Hauptstraße 70/2/7, verheiratet, geboren am 3. Februar 1898 in Wien, gerichtlich nicht bestraft, am 7. August 1942 vorläufig festgenommen, zur Zeit im Gerichtsgefängnis Margareten in Wien V/55, Mittersteig 25 (212/42),
- S III 5 ~~V3~~ den Hauptschullehrer Josef Franz Sommerauer aus Wien 21, Stammersdorf, Kirchengasse 4 - 6, verheiratet, geboren am 7. Januar 1898 in Wien, nicht bestraft, am 13. August 1942 vorläufig festgenommen, zur Zeit im Gerichtsgefängnis Wien in Wien II/27, Schiffamtsgasse 1 (1337/42),

klage ich an,

Haas, von 1936 bis 1942,
Göth und Sommerauer, von 1940 bis 1942
in Wien und an anderen Orten im Inland, Haas auch im
Ausland, durch Betätigung für die illegale Organisation
der

Verständlich

"Revolutionären Sozialisten" und für die Gruppe "Neubeginnen" gemeinschaftlich den marxistischen Hochverrat organisatorisch und durch Herstellung, Verbreitung sowie durch Einfuhr von Funktionsmaterial aus dem Auslande auch agitatorisch vorbereitet und dadurch den Feind des Reiches begünstigt zu haben. Dabei ist Haas der "Kopf" der "Revolutionären Sozialisten" für das Großdeutsche Reich gewesen, während Göth und Sommerauer seine Mitarbeiter gewesen sind, Verbrechen nach § 80, § 83 Abs. 2 und 3 Nr. 1, 3 und 4, §§ 91b, 47, 73 RStGB.

Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen.

I.

Die persönlichen Verhältnisse und der politische Werdegang der Angeeschuldigten.

1. Der Angeeschuldigte Dr. phil. Haas entstammt der Lebersgemeinschaft der Philomena Haas mit dem Eisendreher Josef Trexler. Er hatte noch eine Schwester und zwei Brüder, von denen der ältere 1934 emigriert und der andere 1938 gestorben ist. Haas besuchte die Volks- und Bürgerschule sowie das Lehrerseminar. Da er keine Anstellung als Lehrer bekam, schrieb er sich als außerordentlicher Hörer an der Universität Wien ein und bereitete sich gleichzeitig auf die Reifeprüfung vor. Nachdem er sie bestanden hatte, wurde er als Volksschullehrer in Wien angestellt, so daß er nebenbei sein Studium fortsetzen konnte. Er machte 1935 oder 1936 sein Dokorexamen und blieb bis 1939, zuletzt als Hauptschullehrer, in Wien. Am 8. Mai 1939 wurde er zur Luftwaffe einberufen und bald darauf zum Wetterdienst abkommandiert. Seit dem 31. Januar 1941 war er als Wetterdienstinspektor auf Kriegszeit der Luftwaffenmission in Preßburg zugeteilt. In seiner Arbeit als Wehrmachtbeamter war er pflichttätig und bürokratisch, während sein soldatisches Auftreten als lässig beurteilt wird. Nach Einleitung des vorliegenden Verfahrens wurde er am 10. Dezember 1942 aus dem Wehrdienstverhältnis entlassen.

Von seinem Gehalt unterstützte der Angeeschuldigte Haas neben seiner Mutter auch jahrelang seine Schwester und deren Ehemann, der als Halbjude keine Beschäftigung finden konnte.

S I 8/10

S I 20

A IV 12,14,16,20

A IV 35,36

konnte.

Die Mutter des Angeschuldigten Haas war rote Gemeinderätin im 20. Wiener Bezirk. Der Angeschuldigte kam daher schon früh mit der Politik in Berührung. Schon vor 1924 war er sogenannter Horterzieher im sozialdemokratischen Verein "Kinderfreunde". Von 1924 bis 1927 war er Bibliothekar der sozialdemokratischen Arbeiterbücherei im 20. Bezirk. 1927 trat er der SP bei und gehörte ihr bis 1934 an. Im Jahre 1934 nach dem Verbot der SP wurde er wegen Betätigung für diese Partei, durch Polizeistrafe zu vier Wochen Arrest verurteilt. Die Strafe brauchte er nicht zu verbüßen, da das Straferkenntnis aus unbekanntem Gründen aufgehoben wurde.

S I 11,13

Der im Jahre 1938 verstorbene Bruder des Angeschuldigten Haas soll nach dessen Behauptung nationalsozialistisch eingestellt gewesen sein.

S II 7/8

2. Der Angeschuldigte G ö t h besuchte die Volks- und Bürgerschule sowie die Lehrerbildungsanstalt. Den Ersten Weltkrieg machte er an der italienischen Front und später als Kommandeur einer Pulverarbeiterkompanie mit und wurde als Leutnant der Reserve entlassen. Bald darauf wurde er als Lehrer angestellt, im Jahre 1934 aber aus politischen Gründen in den dauernden Ruhestand versetzt. In der Folgezeit fristete er sein Leben als Hausierer und Hilfsarbeiter, bis er nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus wieder als Lehrer eingestellt wurde. 1940 wurde er zum Hauptlehrer befördert.

S II 17

Von 1919 bis 1934 gehörte Göth der SP an und bekleidete die Funktion eines Lokalobmannes in Blumau. Ferner war er von 1924 bis 1934 Gemeinderatsmitglied.

Der NSDAP. stand der Angeschuldigte Göth nach seinen Angaben vor der Machtübernahme nicht feindselig gegenüber. Er will sogar einen nationalsozialistischen Betriebsführer mit politischen Nachrichten versorgt haben. Vor seiner Festnahme war er Mitglied der NSV, des RLB, des RKB, des NSKOV und des NSLB sowie Ortsobmann der DAF.

S III 5/6R

3. Der Angeschuldigte S o m m e r a u e r besuchte ebenfalls die Volks- und Bürgerschule sowie die Lehrerbildungsanstalt. Den Ersten Weltkrieg machte er seit 1916 an der russischen und italienischen Front mit, wurde mit der bronzenen Tapferkeitsmedaille, der Verwundetenmedaille sowie

sowie mit dem Karl-Truppenkreuz ausgezeichnet und als Leutnant der Reserve entlassen. Sodann wurde er Volksschullehrer und 1928 Hauptschullehrer.

1919 trat er der SP bei. Funktionen will er nicht innegehabt haben. Er hat behauptet, daß er schon vor dem Umbruch in nationalsozialistischen Kreisen verkehrt habe. Zur Zeit seiner Festnahme war er Mitglied der NSV, des RLB und des NSFK.

II.

Die Sozialdemokratie in der Illegalität.

Die Sozialdemokratische Partei hatte im Altreich seit dem Jahre 1933 ihre Rolle ausgespielt. Die Mehrzahl ihrer führenden Funktionäre flüchtete alsbald nach der Machtübernahme durch die NSDAP ins Ausland, insbesondere nach der Tschecho-Slowakei. Der Vorstand der emigrierten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) nahm seinen Sitz in Prag. Von dort begann die Sopade einen erbitterten Kampf gegen das Reich mit dem Ziele des Sturzes der deutschen Regierung, wobei sie in der Wahl ihrer Mittel keinerlei Bedenken unterlag. Da auch der Landesverrat eines der Kampfmittel der Sopade war, scheute sie vor der Zusammenarbeit mit dem Nachrichtendienst fremder Staaten, insbesondere der Tschecho-Slowakei, Rußland, Frankreich und England, nicht zurück. Für ihre Zwecke hatte die Sopade aber auch einen eigenen Nachrichtendienst gegründet, der sich bemühte, Deutschland mit einem Netz von Agenten zu überziehen. Näheres darüber ergibt sich aus den Verfahren 8 J 437/35 - 2 H 50/36 gegen Neukirchner und 6 J 52/40 - 2 H 111/40 gegen Wagner.

Längs der damaligen deutsch-tschechischen Grenze hatte die Sopade eine Reihe von Grenzsekretariaten errichtet, die die Aufgabe hatten, die Einfuhr von Hetzschriften ins Reich zu organisieren und Verbindungen mit Gesinnungsgenossen im Reich aufzunehmen. Daneben waren die Grenzsekretariate aber auch wichtige Stützpunkte für den Nachrichtendienst der Sopade. Eines der Grenzsekretariate befand sich in Neuern. Sein Leiter war der aus dem Altreich geflüchtete ehemalige Student Freiherr Waldemar von Knöringen, geboren am 6. Oktober 1906 in Rechetsberg (Oberbayern), der in

dem Verfahren 14 J 522/37g - 1 L 2/40 gegen Buisson eine Rolle gespielt hat. Von Knöringen, der Reichsredner der SPD und des Reichsbanners gewesen war und sich in den Versammlungen stets maßlose Beschimpfungen der NSDAP und des Führers zuschulden hatte kommen lassen, war zunächst nach Österreich geflüchtet und hatte sich nach dem Februar 1934 in die Tschecho-Slowakei begeben. Dort schloß er sich der von dem Emigranten Karl Böchel, einem ehemaligen sozialdemokratischen Schriftleiter aus Chemnitz, geführten Gruppe der "Revolutionären Sozialisten" an, ohne allerdings die Beziehungen zum Parteivorstand ganz abubrechen. Es handelt sich bei den "Revolutionären Sozialisten" um eine von der SPD abgespaltene Gruppe radikaler Marxisten, die mit der SPD jedoch in ihrem Kampf gegen die deutsche Regierung einig war. Die Selbständigkeit dieser Gruppe, über die sich Näheres aus dem bereits erwähnten Verfahren 6 J 52/40 - 2 H 111/40 gegen Wagner ergibt, war nicht von langer Dauer. Nachdem sie ihren "Sachsenfonds", der aus Fluchtgeldern in Höhe von angeblich 40 000 bis 50 000 RM bestand, aufgebraucht hatte, beschlossen ihre Anhänger die Wiedervereinigung mit der Sopade. Der Name "Revolutionäre Sozialisten" tauchte aber noch einmal auf.

In Österreich brachen die Hoffnungen der Sozialdemokratie auf die Übernahme der Macht unter den Schüssen der Regierungstruppen im Februaraufstand des Jahres 1934 zusammen. Die Folge des mißlungenen Aufstandes war das Verbot der Sozialdemokratischen Partei in Österreich durch die Bundesregierung und die Auflösung ihrer Organisationen. Ein großer Teil ihrer Anhänger schwenkte nach dem Verbot der SP, wie aus den Verfahren gegen die illegale kommunistische Partei in den Alpen und Donaureichsgauen bekannt geworden ist, zur Kommunistischen Partei ab, die zwar schon seit 1933 verboten war, aber insgeheim weiter bestand. Ein Teil blieb jedoch der SP treu und betätigte sich auch illegal für diese Partei. Die illegalen Gruppen der SP nannten sich nun ebenfalls "Revolutionäre Sozialisten". Sie schlossen sich auf der im September 1934 abgehaltenen Wiener Konferenz zu einer neuen Partei mit dem Namen "Vereinigte Sozialistische Partei Österreichs" zusammen. Der neue Name bürgerte sich jedoch nicht ein, sondern für die illegalen Gruppen der SP blieb die Bezeichnung "Revolutionäre Sozialisten" üblich.

Von den sozialdemokratischen Funktionären Österreichs war ebenfalls ein großer Teil, darunter übrigens auch der ältere Bruder des Angeschuldigten Haas, ins Ausland, insbesondere nach der Tschecho-Slowakei, geflüchtet. Einer der Mittelpunkte der österreichischen Emigration, wo sich auch ein sogenanntes Auslandsbüro befand, war die Stadt Brünn.

Unter den illegalen sozialdemokratischen Organisationen ist noch die Gruppe "Neubeginnen", auch Milesgruppe genannt, von Bedeutung, als deren Spitzenfunktionär der aus Wien geflüchtete Schriftsteller Dr. Karl Frank (Deckname Willi Müller) anzusehen ist. Obwohl die Gründung dieser Organisation auf Mitglieder eines schon vor der nationalen Erhebung in Deutschland im geheimen arbeitenden kommunistischen Kreises zurückgeht, erhebt sie nach Punkt 2 ihrer programmatischen Erklärung den Anspruch, die alleinige Vertreterin der sozialdemokratischen Arbeit in Deutschland zu sein, und verlangt daher die Übertragung der Ansprüche und Mittel des Prager Parteivorstandes an ihre Leitung (vergleiche das im Urteil des Verfahrens gegen Schmidt und Andere 9 J 138/39 - 2 H 27/39 wiedergegebene Programm). Zu der Neubeginnen-Gruppe hatte der vorerwähnte Funktionär von Knöringen sehr enge Beziehungen. Es ist die Vermutung geäußert worden, daß die Neubeginnen-Gruppe in Wahrheit nichts anderes als eine Reserveformation der Komintern sei, die nach dem Plan ihrer Gründer an die Stelle der Komintern treten sollte, wenn aus irgendwelchen Gründen - wie es vor kurzem tatsächlich eingetreten ist - eine offizielle Auflösung der Komintern notwendig werden sollte. Mag nun diese Vermutung zutreffend sein oder nicht, so ist doch sicher, daß die Gruppe Neubeginnen, wie sie im Punkt 6 ihres Programms selbst bekennt, "in brüderlicher Solidarität zur Sowjet-Union" steht, deren Schicksal sie als ihr Schicksal betrachtet und der sie "machtvollen Aufstieg und Fortschritt" wünscht. Selbstverständlich erstrebt auch diese Gruppe den gewaltsamen Sturz der deutschen Regierung.

A I 8

Als die Tschecho-Slowakei aufhörte, als selbständiger Staat zu bestehen, setzten die sozialdemokratischen Funktionäre aus dem Altreich und den Donau- und Alpengauen ihre Flucht fort. Neben den nordischen Staaten war besonders Frankreich und dessen Hauptstadt das wiederum nur vorläufige

Ziel ihrer Reise. In Paris errichteten die Emigranten mit Hilfe der II. Internationale ein Auslandsbüro und stellten ein neues Programm auf, das die Vereinigung aller illegalen sozialistischen Parteien Großdeutschlands forderte. Von Paris nahmen die Emigranten durch heimliche Einfuhr von Schulungsmaterial und durch Ratsschläge Einfluß auf die im Reiche bestehenden illegalen Gruppen. Nach dem Zusammenbruch Frankreichs entkam ein Teil der sozialdemokratischen Funktionäre, darunter von Knöringen, nach England oder Amerika.

III.

Der Sachverhalt.

A. Der Angeschuldigte Haas.

1. Der Beginn der Zusammenarbeit mit dem Funktionär von Knöringen.

S I 11,13,28

Im Jahre 1934 lernte der Angeschuldigte Haas in Wien den sozialdemokratischen Funktionär von Knöringen kennen. In den beiden nächsten Jahren hatte er mit von Knöringen weitere Zusammenkünfte in Wien, wo sich von Knöringen häufiger illegal aufhielt. Im Jahre 1936 kam es zwischen von Knöringen und dem Angeschuldigten Haas zu der Vereinbarung politischer Zusammenarbeit. Welche politische Richtung von Knöringen damals vertrat und für welche Organisation demgemäß der Angeschuldigte Haas tätig werden sollte, ist nicht aufgeklärt worden. Es kann sich um eine Arbeit für den Parteivorstand der SPD oder für die "Revolutionären Sozialisten", die von Böchel geführt wurden, oder für die Neubeginnen-Gruppe gehandelt haben, also für eine ^{der} gegen das Deutsche Reich arbeitenden sozialdemokratisch-marxistischen Organisationen. Denn daß sich die geplante Tätigkeit des Angeschuldigten Haas gegen das Reich richtete, ist zweifellos und ergibt sich auch daraus, daß er als Verbindungsmann des von Knöringen zu seinen Gesinnungsfreunden im Altreich eingesetzt wurde. Noch deutlicher wird die Richtung der illegalen Tätigkeit des Angeschuldigten Haas gegen die nationalsozialistische Regierung durch die Tatsache, daß von Knöringen ihm die Bekanntschaft mit einem angeblichen deutschen

deutschen Offizier vermittelte, der rechtsreaktionären, gegen den Nationalsozialismus eingestellten Kreisen angehörte und unter den marxistischen Organisationen Bundesgenossen für den Kampf gegen die deutsche Regierung suchte. Hiervon wird später noch die Rede sein.

Die Tätigkeit des Angeschuldigten Haas, die er in der Folgezeit ausübte, soll sich nach seinen Angaben auf die Übermittlung von Nachrichten aus dem Altreich und in das Altreich beschränkt haben. Bei fünf Deckanschriften in Wien, die Haas dem von Knöringen genannt hatte, trafen bis Mitte 1937 einige Briefe aus dem Altreich ein, die Haas an von Knöringen weiterleitete. Ferner schickte Haas einige Briefe des von Knöringen an eine Anschrift in Rosenheim im Altreich, von wo die Briefe an die Mitarbeiter des von Knöringen im Altreich weitergegeben wurden. Die genaue Zahl der Briefe aus dem Altreich und ins Altreich hat nicht festgestellt werden können. Auch ist über ihren Inhalt nichts Weiteres bekannt, als daß es sich um irgendwelche politischen Nachrichten gehandelt hat.

2. Die Reise in die Tschecho-Slowakei und die Bekanntschaft mit Frank.

Im Sommer 1937 folgte der Angeschuldigte einer Einladung des Funktionärs von Knöringen zu einer politischen Besprechung in Budweis. Außer ihm erschien zu dieser Zusammenkunft die am 28. Mai 1943 vom Volksgerichtshof in dem Verfahren 7 J 421/43 - 6 H 63/43 zum Tode verurteilte Ehefrau Josefine Brunner, die Stützpunktleiterin einer illegalen sozialdemokratischen Gruppe in Wörgl. Mit von Knöringen und Frau Brunner fuhr Haas am nächsten Tage nach Prag weiter, wo zahlreiche Besprechungen und Vorstellungen stattfanden. Zunächst wurde nach den Angaben von Haas das Parteihem der Sozialdemokratischen Partei in der Tschecho-Slowakei aufgesucht (gemeint ist wahrscheinlich das Heim der Deutschen Sozialdemokratischen Partei der Tschecho-Slowakei DSAP -, also einer tschechischen legalen Partei, die sich aber, wie in dem Verfahren 6 J 52/40 gegen Wagner bereits festgestellt worden ist, am Kampfe gegen das nationalsozialistische Deutschland beteiligte). Dort erklärte ihnen

S I 173,193,226

S I 11/13,28,41,
121,183/190

ihnen von Knöringen den Gebrauch von Geheimtinten und Geheimschriften. Ferner besichtigten sie ein von der Sopade eingerichtetes Laboratorium, wo der Druck der sogenannten grünen/Berichte des Parteivorstandes vorbereitet und sonstige Versuche zur Herstellung von illegalen Hetzschriften sowie zur Verwendung von Geheimtinten unternommen wurden. Von Knöringen führte den Angeschuldigten ferner in die Wohnung des Presseattachés bei der rotspanischen Gesandtschaft in Prag Leopold Kulzcar, der in dem Verfahren 6 J 248/41 - 1 H 14/43 gegen die vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilte Büroangestellte Ruth Österreich bereits erwähnt worden ist. Kulzcar hielt seinen Besuchern einen Vortrag über die außenpolitische Lage und über die Aufgaben der illegalen Arbeit, als deren wichtigste er den Nachrichtendienst bezeichnete. Er forderte dazu auf, auch ihm Nachrichten zu liefern, und bat, insbesondere das Augenmerk auf Heeresgerätlieferungen an Franco zu richten. Dem Angeschuldigten Haas übertrug Kulzcar die Aufgabe festzustellen, ob der Österreichische Bundesstaat Kriegsmaterial an Franco lieferte. In dieser Hinsicht will Haas später jedoch keine Feststellungen getroffen haben.

Daran schloß sich ein Besuch bei dem Mitglied des Parteivorstandes der Sopade Dr. Herz. Der Besuch diente dazu, dem Dr. Herz die Bekanntschaft des Angeschuldigten als illegalen Mitarbeiters des Funktionärs von Knöringen zu vermitteln.

Auch ein von einem älteren Manne verwaltetes Archiv wurde besichtigt, dessen Leiter deutsche und andere Zeitungen zum Zwecke hetzerischer Kritik der deutschen Verhältnisse auswertete.

Schließlich erfolgte die Vorstellung des Angeschuldigten Haas bei dem schon erwähnten Leiter der Neubeginnen- oder Miles-Gruppe Dr. Frank. Dieser gab dem Angeschuldigten Haas Einblick in die Organisation und Pläne seiner Gruppe. Seine Ausführungen über die Ziele der Gruppe dürften sich ungefähr mit dem aus dem Verfahren 9 J 138/39 - 2 H 27/39 gegen Schmidt und Andere bekannt gewordenen Programm (siehe Seite 7 ff. des Urteils) gedeckt haben. Danach erstrebt die Neubeginnen-Gruppe auf dem Boden der Einheitsfront.

front (Punkt 4 des Programms) und in brüderlicher Solidarität mit der Sowjet-Union (Punkt 6) den Sturz des "Faschismus". Sie lehnt ferner jede Landesverteidigung Deutschlands ab, solange dieses "faschistisch oder bürgerlich-kapitalistisch" sei. Nachdem Haas die Ziele der Organisation kennengelernt hatte, fragte von Knöringen ihn, ob er zur Mitarbeit auf dieser Grundlage bereit sei. Der Angeschuldigte Haas willigte nach kurzem Bedenken ein. Von Knöringen teilt ihm ferner mit, daß er der organisatorische Leiter der Neubeginnen-Gruppe sei. Da aber damit zu rechnen sei, daß die Tschecho-Slowakei nicht lange mehr selbständig sein werde, sei es erforderlich, eine neue Leitung für das Großdeutsche Reich - von Knöringen sprach von einem "Kopf" - einzusetzen. Von Knöringen fragte den Angeschuldigten, ob er bereit sei, diese Funktion zu übernehmen. Auch dazu erklärte sich der Angeschuldigte Haas bereit. Im Einvernehmen mit Dr. Haas übertrug dann von Knöringen dem Angeschuldigten Haas die Leitung der Organisation für das Inland. Seine Aufgabe sollte vor allen Dingen darin liegen, die Funktionäre der illegalen Organisation, die er noch kennenlernen sollte, in politischer Hinsicht zu schulen. Sodann wurden bei der Zusammenkunft noch organisatorische Fragen besprochen und Decknamen festgelegt. Dr. Frank und von Knöringen versprochen ferner, im Auslande, insbesondere in Amerika, Gelder für die Organisation flüssig zu machen und dem Angeschuldigten zuzusenden.

Von Prag aus reiste der Angeschuldigte zum Besuch seines aus Österreich geflüchteten Bruders nach Brünn. Ob er mit seinem Bruder auch politische Verhandlungen geführt hat, steht nicht fest. Es folgte dann ein erneutes Zusammentreffen mit von Knöringen und Frau Brunner in Budweis, wo der Angeschuldigte Haas der Frau Brunner als "Kopf" der Organisation vorgestellt und Geheimschriften sowie Chiffreschlüssel vereinbart wurden. Anschließend fuhr der Angeschuldigte auf einige Wochen nach Paris. Er hat behauptet, daß diese Reise keinem politischen Zweck gedient habe.

3. Der letzte Besuch des von Knöringen in Wien im Jahre 1938.

S I 13,28,72,177/179,
180/181, 218/219

Anfang Januar 1938 erschien von Knöringen zum letztenmal bei dem Angeschuldigten Haas in Wien. Das wichtigste Ergebnis dieser letzten Zusammenkunft war die durch von Knöringen vermittelte Bekanntschaft des Angeschuldigten Haas mit einem "Genossen" aus dem Altreich namens Hoffmann, einem ehemaligen Mitglied der KPD aus Berlin. Hoffmann unterrichtete den Angeschuldigten Haas in häufigen, mehrmals in der Woche stattfindenden Zusammenkünften über die Entwicklung der marxistischen Parteien im Altreich, insbesondere über das Verhältnis der II. zur III. Internationale in der Zeit von 1918 bis 1933. Ferner erzählte er dem Angeschuldigten Haas von der Geschichte der norddeutschen Arbeiterbewegung, von den Aufständen in Berlin, im Ruhrgebiet und in Hamburg. Auch erörterte er mit ihm die Spaltung des Marxismus in Sozialdemokratie und Kommunismus sowie die Frage, inwieweit diese Spaltung zum Siege des Nationalsozialismus beigetragen habe. Der Zweck dieser Besprechungen war offenbar die Vorbereitung des Angeschuldigten Haas auf die Schulungsarbeit, seine hauptsächlichste Aufgabe.

Wie bereits in dem Urteil des mehrfach erwähnten Verfahrens gegen Schmidt und Andere festgestellt worden ist, legte die Neubeginnen-Gruppe keinen Wert auf eine zahlenmäßig starke Organisation. Es kam ihrer Führung mehr auf wenige, sorgfältig ausgewählte und politisch gut geschulte Funktionäre an, die das Gerippe für die künftige Massenpartei bilden sollten. Die Massen, so nahm man an, würden der Partei nach dem Umsturz schon von selbst zuströmen. Unter diesen Umständen war jedoch eine immer wiederholte politische Schulung erforderlich. Diesem Zweck dienten auch die nun zu besprechenden Zusammenkünfte des Angeschuldigten Haas mit den Stützpunktleitern aus dem Altreich sowie den Alpen- und Donaureichsgauen. Die Stützpunktleiter sind zumeist vom Volksgerichtshof abgeurteilt worden und zwar als Funktionäre der "Revolutionären Sozialisten". Diese Bezeichnung entsprach der im Abschnitt II der Anklageschrift schon er-

erwähnten aus den Alpen- und Donaugauen übernommenen Übung, die aus der Sozialdemokratie hervorgegangenen illegalen Gruppen "Revolutionäre Sozialisten" zu nennen. In Wahrheit dürfte es sich bei den Funktionären aber um Anhänger der Neubeginnen-Gruppe gehandelt haben.

4. Die Zusammenkünfte mit den Stützpunktleitern.

S I 30/32,69

Der erste Schulungslehrgang, zu dem die bereits erwähnte Stützpunktleiterin von Wörgl, Josefine Brunner, auf fünf Tage nach Wien kam, fand im September 1938 statt. Der Angeschuldigte Haas gab der Brunner zu den Reisekosten einen Zuschuß von 100 RM und brachte sie bei politischen Freunden unter. Während des Wiener Aufenthaltes der Brunner erörterte der Angeschuldigte Haas mit ihr die politische Lage und festigte sie im marxistischen Gedankengut.

S I 29,32/33,34,
70/71,99/100,104

Im August 1939 fuhr der Angeschuldigte Haas über Wörgl, wo er die Brunner abholte, nach München und von dort nach Füssen am Ammersee. Dort traf er mit den Stützpunktleitern von München, Hermann Frieb, und von Augsburg, Josef Wager zusammen, die beide in dem Verfahren 6 J 135/42 - 6 H 79/43 vom Volksgerichtshof am 27. Mai 1943 zum Tode verurteilt worden sind. Auch dieses Zusammentreffen diente der politischen Schulung besonders der beiden Stützpunktleiter aus dem Altreich, deren politische Ausrichtung nach Ansicht des Angeschuldigten Haas noch erhebliche Mängel aufwies. Haas verteilte auf der Tagung in Füssen schriftliches Informationsmaterial, das ihm von Knöringen im Frühjahr 1939 von Paris aus durch eine Kurierin hatte zusenden lassen. Da er eingesehen hatte, daß die verhältnismäßig seltenen Schulungslehrgänge zur politischen Unterrichtung der Funktionäre nicht ausreichten, versprach er den Stützpunktleitern, ihnen von Zeit zu Zeit selbsthergestelltes Schulungsmaterial zu senden. Für das Material erbat er aber ihre Mitarbeit durch Übermittlung von Berichten über politische und wirtschaftliche Vorgänge im Reich. Bei der Besprechung in Füssen war auch von den sogenannten Rollkommandos die Rede, die in dem Verfahren gegen Frieb eine große Rolle gespielt haben. Es handelt sich dabei um bewaffnete Fünfergruppen zur Durchführung revolutionärer Aufgaben. Schließlich wurde auf der Tagung in Fis-

Fissen noch beschlossen, der Einladung des Funktionärs von Knöringen zu einer Besprechung in Zürich dadurch zu entsprechen, daß die Frau Brunner als Abgesandte dorthin beordert wurde. Frau Brunner erhielt den Auftrag, von Knöringen zu melden, daß die Zusammenarbeit des Angeschuldigten mit den Stützpunktleitern "klappe". Auch sollte Frau Brunner von Knöringen fragen, wie er sich im Falle eines Krieges, mit dessen Ausbruch der Angeschuldigte Haas damals schon rechnete, seine Verbindung mit der im Inland befindlichen Organisation denke.

S I 34/35, 71/72

Von dem Ergebnis der Besprechung der Frau Brunner mit von Knöringen, die im August 1939 in Zürich stattfand, will der Angeschuldigte Haas erst Ostern 1940 bei einem erneuten Besuch in Wörgl unterrichtet worden sein. Er erfuhr dabei, daß von Knöringen sich über die Interesselosigkeit seiner Anhänger beklagt habe, weil sie nicht versucht hätten, mit ihm dauernde Verbindung zu halten. Außerdem hatte die Ehefrau Brunner eine amerikanische Denkschrift des von Knöringen mitgebracht, die für den Kriegsfall gelten sollte. An diese Anschrift will der Angeschuldigte Haas jedoch niemals geschrieben haben.

S I 35/37, 39/42

Im September 1940 kam der Münchener Stützpunktleiter Frieb nach Wien zu einer Funktionärszusammenkunft, an der auch der inzwischen verstorbene Mechaniker Rudolf Polak und der Angeschuldigte Göth teilnahmen. Haas vertrat bei diesem und den folgenden Zusammentreffen immer wieder die Ansicht, daß Deutschland den Krieg unzweifelhaft verlieren werde und daß der Aufbau einer Organisation notwendig sei, die in dem nach dem Zusammenbruch zu erwartenden Chaos die Macht übernehmen könne. Ferner wurde im September 1940 ausführlich die Bedeutung eines guten Nachrichtenapparates der illegalen Organisation erörtert. Die Nachrichtenorganisation sollte den Zweck haben, sich unabhängig von dem amtlichen deutschen Nachrichtendienst mit Nachrichten zu versorgen und dadurch das Monopol des amtlichen Nachrichtendienstes zu brechen. Dies erschien dem Angeschuldigten Haas umso notwendiger, als nach seiner Ansicht das Nachrichtenmonopol des "Faschismus" dessen Hauptwaffe zur Niederhaltung jeder

oppositionellen Bewegung war. In der Zusammenkunft wurde ferner die Aufstellung eines Nachrichtenstabes als Träger des Nachrichtendienstes beschlossen. Es wurde vorgesehen, für jeden Bezirk der Stadt Wien und für jeden Ort, wo ein Stützpunkt der Organisation bestand oder noch errichtet werden sollte, einen Berichterstatter einzusetzen.

Zum tatsächlichen Ausbau des Nachrichtendienstes soll es jedoch nach den Angaben des Angeschuldigten Haas nicht gekommen sein. Es bestanden außer in Wörgl, Müncher und Augsburg noch Stützpunkte in Innsbruck und Häring.

Außerdem hatte sich, wie der Angeschuldigte Haas von Frieb erfuhr, in Salzburg eine starke Gruppe der "Revolutionären Sozialisten" gebildet, die auf etwa 100 Mitglieder angewachsen war und Anschluß an die Leitung suchte. Haas hatte gegen die Angliederung einer so starken Gruppe Bedenken, weil er entsprechend den Grundsätzen der von ihm geleiteten Organisation der Meinung war, daß bei den Anhängern mehr auf Qualität als auf Quantität zu sehen sei. Die vorstehende Aufzählung erschöpft aber bereits die Zahl der bestehenden Stützpunkte außerhalb Wiens, und es glückte auch in der Folgezeit nicht, an weiteren Orten geeignete Mitarbeiter zu finden. Zwar wurden Versuche hierzu unternommen, wie unten in diesem Abschnitt und bei der Darstellung der Betätigung des Angeschuldigten Göth noch geschildert werden wird, Diese Versuche scheinen jedoch ebenso wie der Plan der Gründung eines Stützpunktes in Kiel über die Anfangsbesprechungen nicht hinausgekommen zu sein.

Bei der Zusammenkunft im September 1940 kaufte der Angeschuldigte Haas dem Funktionär Frieb eine Pistole ab.

Anfang 1941 machte Frieb einen weiteren Besuch in Wien. Auch bei dieser Gelegenheit wurde wieder eine eingehende politische Aussprache gehalten und die Kriegslage erörtert. Auch wurde über die illegale Gruppe der "Revolutionären Sozialisten" in Salzburg gesprochen und die Vereinbarung getroffen, daß Frieb zwei Vertreter der Gruppe nach Wien entsenden solle, damit Haas sie einmal kennenlernen. Schließlich bot Frieb dem Angeschuldigten Haas sechs Pistolen zum Kauf an. Haas über-

S I 68

S I 182/183

S I 42/45,58,101

S I 59/60,140/141

nahm sie nach Rücksprache mit Göth und ließ sie, da Frieb sie nicht mitgebracht hatte, später durch Polak nach Wien bringen. Dann beauftragte er Polak, sie in seinem Keller zu verbergen. Dies geschah in der Weise, daß Polak die Waffen in Blechkanister verpackte (vergleiche die Lichtbildaufnahme im Anlagenband II). Eine der Pistolen nahm Haas jedoch an sich, um sich mit ihrem Gebrauch vertraut zu machen. Diese Waffe sowie einige weitere teils gekaufte, teils angeblich gefundene Pistolen sowie Munition sind bei dem Angeschuldigten Haas beschlagnahmt worden.

S I 51/54

Im Juli 1941 erschienen entsprechend der Vereinbarung zwischen Haas und Frieb zwei Gesinnungsfreunde aus Salzburg in Wien. Es handelt sich um den in dem Verfahren 7 J 209/43 angeklagten Eisenbahner Alfred Reska und um den inzwischen verstorbenen Eisenbahner Konrad Lorenz. Nachdem Haas einen Bericht über die in Salzburg entstandene Organisation entgegengenommen hatte, hielt er einen Vortrag über die politische Lage und die Notwendigkeit der illegalen Arbeit. Hierbei wies er wie immer darauf hin, daß Deutschland nach seiner Überzeugung den Krieg verlieren werde. Die Besprechung schloß mit der Vereinbarung, die Verbindung nicht abreißen zu lassen. Auch versprach Haas, gelegentlich einen Besuch in Salzburg zu machen. Hierzu ist es jedoch nicht gekommen.

S I 61/65,200

Im November 1941 erfolgte ein weiterer Besuch der Salzburger Funktionäre. Hierzu fanden sich Lorenz und ein Unbekannter ein. Nach der Besprechung der politischen Lage kam die Rede auf die Notwendigkeit der Schulung und steten Fühlungnahme der Funktionäre und auf den Ausbau der illegalen Organisation. Es wurde der Plan erörtert, nicht nur an der Westbahn ein dichtes Netz von Stützpunkten zu errichten, sondern auch - selbstverständlich unter Wahrung des Grundsatzes der Qualität - einen "Strang" bewährter Mitarbeiter von Süddeutschland aus bis ins Ruhrgebiet zu spannen. Haas sprach ferner die Erwartung aus, daß es gelingen werde, aktive Eisenbahner heranzuziehen, da diese Funktion der Kuriers übernehmen könnten.

S I 30,66/70,108

Die letzte Funktionäresprechung vor der Festnahme des Angeschuldigten fand im Januar 1942 statt. Diesmal war es wieder die Stützpunktleiterin von Wörgl, Josefine

Brun-

Brunner, die zusammen mit ihrem vom Volksgerichtshof ebenfalls zum Tode verurteilten Ehemann den Angeschuldigten Haas in Wien aufsuchte. Bei der Erörterung der Kriegslage gab Haas der Überzeugung Ausdruck, daß auch die großen Erfolge Japans die Niederlage der Achse nicht verhindern könnten, daß die Entscheidung im Europäischen Kriege aber nicht im Osten, sondern im Westen fallen und daß die Westmächte zu einer Offensive übergehen würden, sobald England und Rußland ihre Interessensphären in Europa vertraglich abgegrenzt hätten. Hinsichtlich der politischen Lage hielt der Angeschuldigte Haas die Aussichten für den "Sozialismus" in Europa für nicht besonders günstig, da die europäische Arbeiterschaft keinen Machtfaktor mehr darstelle und die konservativen Kreise, die sich zudem auf die katholische Kirche stützten, besser organisiert seien. Haas sah auch keine Aussicht, einzelne Kader der deutschen Armee "so wie im letzten Weltkriege" in den Dienst der Revolution zu stellen, da er die deutschen Soldaten "politisch auffallend gleichgültig" gefunden hätte. Anschließend an die Erörterung der Lage fand noch eine organisatorische Besprechung statt. Dabei teilte die Brunner, die auch einen Brief von Wager aus Augsburg mitgebracht hatte, mit, daß in Kürze eine Zusammenkunft der Stützpunktleiter von Tirol und Salzburg in Innsbruck stattfinden solle. Haas äußerte gegen das geplante Treffen und gegen die Zuziehung der Salzburger Gesinnungsfreunde Bedenken, weil dadurch die Organisation gefährdet werden könnte. Er erzählte ferner, daß er zweimal Salzburger Anhänger in Wien empfangen habe und daß er diese nur als Kuriere für geeignet halte, weil sie als Eisenbahner freie Fahrt hätten. Schließlich vereinbarte Haas mit der Ehefrau Brunner ein neues Chiffresystem für briefliche Mitteilungen.

Seit dieser Zeit hatte Haas nur noch mit seinen Wiener Mitarbeitern Göth und Polak Zusammenkünfte.

5. Die Einfuhr, die Herstellung und Verbreitung von Informationsmaterial.

S I 28/29,88/90,172 Im Frühjahr 1939 erhielt der Angeschuldigte Haas den Besuch einer Kurierin des Funktionärs von Knöringen, der sich damals in Paris aufhielt. Die Kurierin überbrachte ihm einen etwa zwölf Zentimeter langen Schlüssel, der hohl war und eine Filmaufnahme enthielt. Der Angeschuldigte Haas ließ den Schlüssel durch Polak öffnen und den Film entwickeln. Der Film zeigte die Aufnahme eines wahrscheinlich von dem Funktionär von Knöringen verfaßten Artikels über Sowjet-Rußland, worin ausgeführt wurde, daß sich an Sowjet-Rußland die Hoffnung der europäischen Arbeiterschaft knüpfe und daß es die Aufgabe der Arbeiterschaft sei, den Kampf der Sowjet-Union zu unterstützen. Abzüge des Artikels verteilte Haas, wie bereits erwähnt, auf der Fisserer Tagung an die dort versammelten Stützpunktleiter.

S I 168/169,172 Im Herbst 1939 verfaßte der Angeschuldigte Haas einen Aufsatz über die politische Lage. Darin war vom Krieg in Polen und von der Haltung Sowjet-Rußlands die Rede. Den Aufsatz, der nicht erfaßt worden ist, schrieb Haas selbst in Wien mit einer Schreibmaschine nieder. Zwei Ausfertigungen der Niederschrift ließ er von seiner Schwester in ein Reisekissen einnähen und schickte das Kissen durch eine Kurierin an die Ehefrau Brunner in Wörgl mit dem Auftrag, eine Ausfertigung an Frieb in München weiterzuleiten.

S I 87/88,98/99,172 Ostern 1940 schickte von Knöringen dem Angeschuldigten Haas durch die Brunner oder einen anderen Funktionär einen hohlen Schlüssel zu, der die Filmaufnahme eines von ihm verfaßten Artikels enthielt. Der Schlüssel ist in der Wohnung des Angeschuldigten Haas vorgefunden worden. Von dem Artikel sind nur die Aufnahmen der Seiten 23 bis 42 erhalten. Wo die übrigen Seiten geblieben sind, hat sich ebenso wenig klären lassen, wie die Frage, ob der Angeschuldigte Haas Abzüge von dem Film hat machen lassen. Eine Aufnahme des gleichen Artikels, ebenfalls in einem hohlen

hohlen Schlüssel versteckt, ist bei der Ehefrau Brunner in Wörgl gefunden worden. Das bei ihr beschlagnahmte Stück umfaßt die Seiten 18 bis 24 des Artikels.

A II

Der Artikel enthält grundsätzliche Ausführungen über die "deutsche Revolution". Das bei dem Angeschuldigten Haas gefundene Stück beginnt mit dem Abschnitt über die internationale Abhängigkeit der "deutschen Revolution". Der Zusammenbruch der Hitlerdiktatur, so heißt es dort, werde eine revolutionäre Welle in ganz Mittel- und Osteuropa auslösen. Ob die revolutionäre Welle auch die Siegerländer Westeuropas erfassen werde, sei allerdings ungewiß. Es könne aber sein, daß die revolutionären Massenbewegungen eine militärische Intervention (der Siegerstaaten in Deutschland) erschweren oder gar lahmlegen würden, zumal wenn Amerika an der Intervention kein Interesse habe und die Sowjet-Union die revolutionären Bewegungen unterstütze. Die erste internationale Aufgabe der deutschen Revolution sei die Liquidierung des deutschen Imperialismus, denn der Kapitalismus in Deutschland sei in den letzten fünfzig Jahren ein Hauptfaktor der Kriegsgefahren gewesen. Die zweite Aufgabe sei die Verteidigung des neuen Staates, wobei es den neu zu Deutschland gekommenen Gebieten auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes freistehe, ob sie bei Deutschland bleiben wollten oder nicht. Ferner müsse die deutsche Revolution eine konsequente Friedenspolitik treiben und sich dabei der Hilfe Sowjet-Rußlands bedienen.

Der letzte Abschnitt des Artikels behandelt die Aufgaben der sozialistischen Arbeiterbewegung während des Krieges. Der Verfasser sieht hier drei Aufgaben, nämlich die Schwächung und Bekämpfung der "faschistischen Diktatur"; ein enges Bündnis mit allen sozialistischen und demokratischen Kräften der antifaschistischen Front und die Erhaltung der (illegalen) sozialistischen Organisationen sowie ihre politische Selbständigkeit gegenüber den "imperialistischen Gegnern" des Faschismus.

S I 20,36,A II

Im Herbst 1940 verfaßte Haas einen Aufsatz über das Nachrichtenwesen, den er selbst auf seiner Schreibmaschine in seinem Dienstzimmer in Preßburg niederschrieb. Von der Niederschrift ließ er durch Polak Photokopien im verklei-

nernten

kleinerten Maßstab herstellen, die er an Frieb und durch diesen an die Brunner und an Wager weiterleitete. Ein Abzug ist bei den in Preßburg befindlichen Sachen des Angeeschuldigten Haas gefunden worden. Der erste Absatz des Aufsatzes hat folgenden Wortlaut :

"Die vielleicht wichtigste Waffe des Faschismus zur Niederhaltung jeder oppositionellen Bewegung ist sein Monopol auf dem Gebiete des Nachrichtenswesens. Wir dürfen nur das erfahren, was man uns mitzuteilen für gut befindet. Wir dürfen nur soviel erfahren, als man für nötig hält. Gegenüber dieser Monopolstellung gibt es für die Gegner des Faschismus zunächst eine Art des Widerstandes: man nimmt einfach die Meldungen des amtlichen deutschen Rundfunks und der gleichgeschalteten Presse entweder garnicht oder nur mit entsprechenden Vorbehalten zur Kenntnis. Diese Haltung mag für die antifaschistischen Massen genügen, für uns und unsere Aufgaben aber genügt sie nicht. Wir müssen um einen entscheidenden Schritt weitergehen und das Nachrichtenmonopol des Faschismus zu brechen versuchen. Wir müssen die falschen und verlogenen Meldungen durch richtige ersetzen, wir müssen einseitige und übertriebene Meldungen auf das richtige Maß zurückführen und vor allem müssen uns jene Tatsachen bekannt werden, die man uns verschweigt. Wir dürfen nicht vergessen, daß es für die Kriegführung an der inneren Front, am sozialen Kriegsschauplatz, ebenfalls eines Nachrichten- und Spionagedienstes bedarf, so wie ihn der Generalstab einer kämpfenden Armee braucht. Und die Schaffung eines solchen organisierten Apparates ist unsere dringendste nächste Aufgabe. Von der zuverlässigen und steten Arbeit unseres Nachrichtendienstes wird unzweifelhaft unsere gesamte politische Arbeit und deren Erfolg abhängen."

Dann heißt es weiter, daß es notwendig sei, das Wissen der einzelnen Gruppen auszutauschen und einen straffen Nachrichtendienst zu organisieren. Zu diesem Zweck sollten die einzelnen Gruppen durch Briefe mit

Nachrichten über die wirtschaftliche und politische Lage sowie über militärische Vorgänge miteinander in Verbindung treten.

S I 102/104,106,118

Im Jahre 1940 erhielt der Angeschuldigte Haas ferner durch eine Kurierin einen schriftlichen Bericht aus Prag von einem gewissen Marschalek. Diesen hatte der Angeschuldigte im Jahre 1938 in Wien kennengelernt. Marschalek erzählte ihm damals, daß er seine Einberufung zur deutschen Wehrmacht erhalten habe, aber nicht dienen und deshalb nach Prag flüchten wolle. Darauf gab ihm Haas eine schriftliche Empfehlung an von Knöringen mit, die er mit unsichtbarer Tinte in ein Buch geschrieben hatte. Er hoffte dabei, daß es von Knöringen gelingen würde, Marschalek als Mitarbeiter für die illegale Organisation zu gewinnen. Nachdem er dann lange Zeit nichts von Marschalek gehört hatte, traf der Angeschuldigte Haas im Jahre 1940 in Wien dessen Braut, die ihm mitteilte, sie sei im Begriff, nach Prag zu ihrem Bräutigam zu reisen. Haas trug ihr Grüße und die Bestellung auf, daß Marschalek endlich einmal etwas von sich hören lassen sollte. Nach einigen Wochen überbrachte die Braut des Marschalek dem Angeschuldigten Haas einen schriftlichen Bericht über die Lage in Prag, insbesondere über die Stimmung der tschechischen Bevölkerung. Von diesem Bericht ließ Haas durch Polak Photokopien herstellen, die er dem Funktionär Frieb bei dessen Besuch im Herbst 1940 in Wien übergab. Frieb erhielt drei oder vier Abzüge des Berichts, die er zum Teil an die anderen Stützpunktleiter weitergeben sollte.

S I 20,37/38,171/172,

II

Im März 1941 verfaßte der Angeschuldigte Haas einen Bericht, der eine Zusammenstellung mehrerer Nachrichten enthielt. Diesen Bericht schrieb er mit der Schreibmaschine nieder und ließ dann durch Sommerauer fünf Photokopien fertigen. Drei der Abzüge klebte Sommerauer, der mit buchbinderischen Arbeiten vertraut war, in die Einbanddeckel von Büchern ein. Die Bücher, deren Einbanddeckel die Berichte enthielten, schickte der Angeschuldigte Haas durch eine Kurierin den Stützpunktleitern in Wörgl, München und Augsburg zu. Von den übrigen Photokopien behielt Haas ein Stück für sich, das ebenfalls

in Preßburg unter seinen Sachen gefunden worden ist, während er das zweite an Göth weitergab. Der Bericht bestand aus Nachrichten über die Feier des 13. März in Wien und deren angebliches "Fiasco", über Zwischenfälle bei einem Fußballspiel in Wien mit einer Mannschaft aus dem Altreich, über einen Sprengstoffanschlag auf die Wiener Hofburg, einen Spionagefall, über Truppentransporte und dergleichen.

S I 43/44, 57/58,
101, 172

Etwa im Juni 1941 stellte der Angeschuldigte Haas einen weiteren Bericht mit Aufsätzen über Sowjet-Rußland und über die Rüstung der Angelsachsen zusammen. Von diesem Bericht ließ er durch den Angeschuldigten Sommerauer Photokopien herstellen und einige davon in die Einbanddeckel von Büchern einbinden. Die Bücher schickte er der Brunner durch eine Kurierin zu oder übergab sie Frieb bei seinem zweiten Besuch in Wien. Die restlichen Photokopien erhielt wiederum Göth.

S I 54/55, 172

Der dritte etwa im Oktober 1941 verfaßte Bericht des Angeschuldigten Haas behandelte den Feldzug im Osten, die Rüstung der angelsächsischen Mächte und die Lage Frankreichs. Den Artikel schrieb Haas mittels Schreibmaschine mit zwei Durchschlägen nieder und schickte die Ausfertigungen durch Polak der Frau Brunner zu, die sie an die anderen Stützpunktleiter weitergeben sollte.

Von den beiden letzten Berichten sind keine Stücke beschlagnahmt worden.

6. Die Bekanntschaft des Angeschuldigten Haas mit Wach.

S I 13/16, 24/27, 55,
118/119, 183, 199

Im Jahre 1935 oder 1936 lernte der Angeschuldigte Haas in Wien durch von Knöringen unter dem Namen Walter Wach einen Mann kennen, der angeblich Offizier der deutschen Wehrmacht war. Wach stellte sich als Vertreter deutsch-nationaler Kreise vor und erklärte, er stehe dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber und suche politische Verbindungen, um für den Kampf gegen den Nationalsozialismus die Unterstützung der Arbeiterschaft zu gewinnen. Im Laufe der weiteren Aussprache deutete Wach an, daß seine Kreise hofften, in einem künftigen Kriege mit Hilfe der Wehrmacht die NSDAP beiseiteschieben zu können.

Noch in demselben Jahre traf Haas in Wien zum zwei-

tenmal mit Wach zusammen. ^{Walter} Wach bat ihn, die Verbindung nicht abreißen zu lassen, und versprach zu schreiben, wenn er demnächst Wien verlasse. Der versprochene Brief traf jedoch erst unmittelbar nach dem Anschluß der Alpen- und Donaureichsgaue ans Reich ein und erhielt die Bitte um eine erneute Zusammenkunft in Wien. Daraufhin traf Haas mit Wach während des Jahres 1938 noch zweimal zusammen, wobei Wach wiederum um Zusammenarbeit auf politischem Gebiet bat, der Angeschuldigte Haas sich aber ablehnend verhalten haben will.

Seit April 1939 fanden regelmäßige Zusammenkünfte statt. Beim ersten Mal erschien Wach in der Uniform eines Hauptmanns der Nachrichtentruppe. Er besprach mit Haas die politische Lage, und sie kamen zu der Überzeugung, daß ein Krieg unmittelbar bevorstehe. Da Wach dem Angeschuldigten Haas "Informationen" militärischer Art versprach, erklärte sich Haas bereit, die Verbindung aufrechtzuerhalten und traf sich bis Januar 1940 monatlich etwa ein-oder zweimal mit Wach. Bis zu dieser Zeit hielt Wach nach den Angaben des Angeschuldigten Haas sein Versprechen auf Lieferung von Nachrichten nicht ein. Im Jahre 1940 fanden nur noch unregelmäßige Zusammenkünfte statt. In dieser Zeit übermittelte Wach dem Angeschuldigten Haas gelegentlich Berichte meist militärischer Art oder brachte ihm Schweizer Zeitungen mit. Haas verwertete die Nachrichten in seinen schriftlichen Berichten für seine Stützpunktleiter. So stammen unter anderen die im Bericht vom März 1941 enthaltenen Nachrichten über den Sprengstoffanschlag in der Wiener Hofburg, über einen Spionagefall in einem Großbetrieb in Mürzzuschlag und über Schwierigkeiten im Eisenbahnverkehr von Wach. Auf seine Mitteilungen ging auch die Kenntnis des Angeschuldigten Haas über die Rüstung Amerikas und die Stärke der russischen Rüstung zurück.

Im Frühjahr 1941 vermittelte Wach dem Angeschuldigten Haas ein Zusammentreffen mit einem Unbekannten, der dem Angeschuldigten Haas einen diesen allerdings nicht befriedigenden Vortrag über die Tarnung der illegalen Arbeit hielt.

Die Zusammentreffen, die sämtlich un Wien stattfanden,

fanden und bei denen Wach insgesamt zweimal in Uniform erschien, zogen sich bis Ende September oder Anfang Oktober 1941 hin. Dann kam Wach an die Ostfront.

7. Die sonstige Betätigung des Angeschuldigten Haas.

Da Haas besonderen Wert auf "Informationen" legte, die nicht vom amtlichen deutschen Nachrichtendienst stammten, ist es erklärlich, daß er häufig die Sender des feindlichen Auslandes abhörte. So schaltete er seit 1938 englische und französische Sender ein und hörte sowohl die für Deutschland bestimmten Nachrichten in deutscher Sprache als auch die für England und Frankreich bestimmten Nachrichten in englischer oder französischer Sprache sowie die von englischen Sendern in französischer Sprache durchgegebenen Nachrichten ab. Schließlich stellte er auch den Sender der "Europäischen Revolution" ein, bei dessen Sendungen er einige Male die Stimme des von Knöringen zu erkennen glaubte. Auch bei den Zusammenkünften mit seinen Gesinnungsfreunden wurden öfters fremde Nachrichten abgehört. Letztmals will der Angeschuldigte Haas etwa im Juni 1942 einen englischen Sender eingeschaltet haben.

Im Frühsommer 1938 erhielt der Angeschuldigte Haas von einer Frau, die als Verlobte eines Juden auszuwandern beabsichtigte und ihr Geld nicht mitnehmen konnte, den Betrag von 1200 RM. Die Geldgeberin wußte, daß das Geld für politische Zwecke verwandt werden sollte. Haas stellte ihr in Aussicht, ihr einen Teilbetrag durch seine politischen Freunde im Ausland zurückerstatten zu lassen. Dazu kam es aber nicht, da von Knöringen, an die der Angeschuldigte die Frau verwiesen hatte, die Auszahlung des Geldes ablehnte. Den empfangenen Betrag verwandte Haas zur Anschaffung von Pistolen, eines Photoapparates, als Reiseunterstützung für die Brunner sowie für sonstige Ausgaben für die illegale Organisation.

Da Haas stets mit der Entdeckung seiner Tätigkeit rechnete, traf er Vorbereitungen, um nach einer etwa notwendig werdenden Flucht die erste Zeit im Ausland leben zu können. So ließ er durch Polak und Sommerauer in Bucheinbänden in derselben Weise, wie die Photokopien seiner

S I 144/145

S I 69,174,175

S I 63/64,86,89/90

seiner Berichte verborgen wurden, wertvolle Briefmarken und einige Dollarnoten einbinden. Die Bücher mit den Briefmarken und den ausländischen Geldbeträgen sind in seiner Wohnung in Wien beschlagnahmt worden (siehe die Lichtbildaufnahme im Anlagenband II).

Der Angeschuldigte Haas hatte ferner auch Verbindungen zu Kommunisten. So war er mit den Kommunisten Karl Marold und Alois Houdek bekannt, die in den Verfahren 7 J 425/42 und 6 J 62/42 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt worden sind. Marold diente ihm als Deckanschrift, während er mit Houdek, der Mitglied einer tschechischen Terrorgruppe war, wohl zusammengekommen, aber politische Verbindungen nicht unterhalten haben will.

S I 173

S I 108/109

S I 152/154

S I 153/157

Bei dem Angeschuldigten Haas sind Landkarten beschlagnahmt worden, in die er die künftige politische Gliederung Europas, wie er sie sich vorstellte, eingezeichnet hatte. Auch hatte er eine sogenannte Kippkarte angelegt, die die wissenschaftliche Untersuchung der Frage vorbereiten sollte, wie es komme, daß die Massen bis zum letzten Augenblick bei der gerade herrschenden Machtgruppe verharren, nach dem Umsturz aber plötzlich ins Lager der Siegerpartei übergangen.

B. Der Angeschuldigte Göth.

Der Angeschuldigte Göth war mit Haas schon seit Jahren bekannt und unterhielt mit ihm bis zur Festnahme einen engen Verkehr. Beide hatten ihre marxistische Einstellung nicht aufgegeben und tauschten häufig ihre Meinung über politische Fragen aus. Dabei blieb nicht ohne Einfluß auf Göth, daß Haas immer wieder seiner Überzeugung Ausdruck verlieh, daß der Krieg ungünstig für Deutschland ausgehen müsse. Etwa im Frühjahr 1940 eröffnete Haas dem Angeschuldigten Göth, daß er von einem reichsdeutschen Emigranten politische Verbindungen zu illegalen sozialdemokratischen Gruppen in Süddeutschland und Tirol übernommen habe und mit Funktionären dieser Gruppen aus München und Augsburg in Verbindung stehe. Göth erwiderte darauf, daß auch er über politische Verbindungen, und zwar im Gau

S I 46/51,

S II 17/35

Niederdonau, verfüge, und versprach dem Angeschuldigten Haas, diese weiterzuführen und auszubauen. Insbesondere sollte Göth auf den Ausbau von Stützpunkten entlang der Westbahnstrecke Wien-München bedacht sein. Göth erklärte sich ferner bereit, seine Verbindungsleute mit Haas bekannt zu machen, damit dieser sie auf eine einheitliche "politische Plattform" bringen könne.

Anfang 1941 fuhren Haas und Göth zusammen nach St. Pölten und suchten dort den Lokomotivführer Vincenz Pogrevc auf. Mit diesem fand eine politische Aussprache statt, in deren Verlauf besonders die Haltung Sowjet-Rußlands erörtert und die voraussichtliche Dauer des Krieges besprochen wurde. Haas war anscheinend von der Eignung des Pogrevc für seine politischen Zwecke nicht ganz überzeugt, fand es aber zweckmäßig, ihn im Auge zu behalten, weil er Eisenbahner war und als Kurier verwendet werden konnte.

Im Frühjahr 1941 suchten Haas und Göth den Arbeiter Franz Reichhard aus der Flugzeugfabrik in Blumau und etwa zu Pfingsten 1941 die Ehefrau eines Gendarmeriebeamten namens Schänner auf. Mit ihnen unterhielt sich Haas lange über politische Fragen, um ihre Einstellung kennenzulernen und sie politisch zu schulen. Dagegen unterrichtete er sie noch nicht über seine politischen Verbindungen und ließ auch den Angeschuldigten Göth nicht erkennen, ob er Reichhard und Frau Schinner als Stützpunktleiter seiner Organisation für geeignet hielt.

Ungefähr um diese Zeit schlug Göth dem Angeschuldigten Haas vor, Beiträge für die illegale Organisation zu erheben. Haas wollte davon jedoch nichts wissen, weil er fürchtete, daß die Einziehung von Beiträgen die Organisation gefährden könne.

Der Angeschuldigte Göth wurde von Haas ferner über die Zusammenkünfte mit den Stützpunktleitern aus Süddeutschland und Tirol unterrichtet und nahm gelegentlich auch daran teil. So war er im September 1940 anlässlich des Besuches von Frieb in Wien bei der Besprechung zugegen, bei der eine grundsätzliche Auseinandersetzung über das Nachrichtenwesen stattfand. Dabei wurde die

Auf-

S I 50/51

S I 39, S II 20,
32, 33

Aufstellung einer Nachrichtenorganisation erörtert, und Göth machte hierzu den Vorschlag, Wien in zehn Nachrichtenbezirke einzuteilen. Auch nahm Göth bei dieser Gelegenheit am Abhören feindlicher Sender teil. Beim zweiten Besuch von Frieb im Jahre 1941 war Göth nicht zugegen, wurde aber von Haas über das Angebot von Pistolen unterrichtet und beriet mit Haas die Frage, ob man die Pistolen kaufen solle. Später erfuhr Göth ferner von dem Besuch der Salzburger Funktionäre.

S I 44/45

S I 181/182

Mit Haas besprach der Angeschuldigte Göth ferner die Frage der Errichtung eines Stützpunktes der illegalen Organisation in Preßburg und übergab ihm drei Anschriften von Gesinnungsfreunden in Preßburg, die sich zur Mitarbeit eigneten. Haas suchte die ihm bezeichneten Personen auf, traf sie jedoch nicht an.

S II 22

S I 50, S II 14/21,
35, S III 9

Wie bereits erwähnt, erhielt Göth von dem Angeschuldigten Haas Informationsmaterial. Eine der ihm überlassenen Photokopien gab er der Frau Schinner zum Lesen. Er beteiligte sich auch an der Herstellung des Informationsmaterials, indem er einige schriftliche Berichte beisteuerte und seine Leica-Kamera zur Verfügung stellte.

C. Der Angeschuldigte Sommerauer.

S I 57/59, S III 7/11,
16/19

Der Angeschuldigte Sommerauer war ebenfalls ein alter Bekannter von Haas, der Klassenlehrer seines Sohnes gewesen war. Auch er hatte seine marxistische Einstellung nicht aufgegeben und unterhielt sich mit Haas und dem ihm ebenfalls bekannten Angeschuldigten Göth häufig über politische Fragen. Hierbei sprach Haas von der Notwendigkeit der Schaffung einer "Sozialistischen Front", die bei dem erwarteten Zusammenbruch die Macht in Deutschland übernehmen sollte. Sommerauer erfuhr ferner von den politischen Verbindungen, die Haas nach Süddeutschland und Tirol angeknüpft hatte.

Etwa Anfang 1941 richtete Haas an den Angeschuldigten Sommerauer die Aufforderung, phototechnische und Buchbinder-Arbeiten für die illegale Organisation zu übernehmen. Nachdem Sommerauer sich dazu bereit erklärt hatte, brachte ihm Haas im März 1941 eine Kieler Zeitung

Zeitung mit einer Liste der bei einem Fiegerangriff getöteten Personen. Hiervon machte Sommerauer als Probearbeit eine Aufnahme und stellte davon einige Abzüge her. Einen der Abzüge, die nicht recht gelungen waren, band er in den Deckel eines Buches ein. Um seine technischen Kenntnisse zu vervollkommen, suchte Sommerauer dann auf Anraten des Angeschuldigten Haas einen gewissen Wetzelsteiner auf, der ihm Anleitung im Photographieren von Schriftstücken gab. Kurz darauf brachte Haas dem Angeschuldigten Sommerauer einen etwa vier Seiten langen schriftlichen Bericht. Von jeder Seite dieses Berichtes stellte Sommerauer mit einer von Göth entliehenen Leica-Kamera Aufnahmen und davon Abzüge her. Später brachte Haas wieder einen Bericht, der etwa zwölf Seiten lang war. Auch hiervon machte Sommerauer Lichtbildaufnahmen. Einige Abzüge der beiden Berichte band er in Bücher ein, die ihm Haas übergeben hatte. Die übrigen Abzüge händigte er an Haas aus. Ferner band Sommerauer auf Anweisung von Haas Briefmarken zwischen den Einbanddeckeln von Büchern ein.

IV.

Die Einlassungen der Angeschuldigten.

Der Angeschuldigte H a a s hat den äußeren Sachverhalt in dem vorstehend geschilderten Umfang eingeräumt. Zur inneren Tatseite hat er sich wie folgt eingelassen: Von vornherein habe er auf dem Standpunkt gestanden, daß der Krieg unvermeidlich sei. Die "Dynamik" der Politik des Reiches habe nach seiner Auffassung keinen Stillstand geduldet, und es sei nur die Frage gewesen, wie lange England zusehen wolle. Seit dem Ausbruch des Krieges habe er auch nie daran gezweifelt, daß der Krieg für Deutschland verloren sei. Nun habe ihn die Frage bedrückt, was nachher kommen solle. Eine organisierte Opposition sei ja nirgends in Deutschland mehr vorhanden. Besonders schlecht sei die Arbeiterschaft daran. Ihre Organisationen im Lande seien zerschlagen. Ob die Zweite oder Dritte Internationale in Deutschland Fuß fassen würde, lasse sich noch nicht übersehen. Er persönlich nehme gegenüber beiden Richtungen eine abwartende Haltung ein, sei jedoch überzeugt, daß die Spaltung überwunden werden müsse und daß eines Tages die Arbeiterschaft sich wieder organisieren und ein Machtfaktor werde. Auf Grund dieser abwartenden Einstellung habe er niemals an "politische Aktionen von großem Ausmaß" gedacht, die hätten mithelfen sollen, die Niederlage Deutschlands herbeizuführen. Er sei sich auch darüber klar gewesen, daß es niemals eine Revolution von innen geben könne,

S I 75/81

sondern daß Deutschland nur von seinen militärischen Gegnern geschlagen werden würde. Seine Organisation habe daher nur dem Zwecke der Schulung gedient, damit seine Mitarbeiter auf Grund der dadurch gewonnenen politischen Einsicht in der Lage wären, die schwierigen Aufgaben der Nachkriegszeit zu meistern. Weil er sich noch nicht habe festlegen wollen, habe er auch keinen Wert darauf gelegt, die illegale Organisation einen Namen zu geben.

Diese Einlassung des Angeeschuldigten Haas wird schon durch seine oben geschilderte Tätigkeit selbst widerlegt. Insbesondere deutet die Anschaffung von Waffen zwingend darauf hin, daß seine Organisation den bewaffneten Aufstand in Deutschland erstrebte.

2. Der Angeeschuldigte Göth ist zur äußeren Tatseite im wesentlichen geständig gewesen. Er hat behauptet, daß er durch den redege wandten Angeeschuldigten Haas, der immer wieder von der unvermeidlichen Niederlage Deutschlands im Kriege gesprochen habe, zur Mitarbeit veranlaßt worden sei und vergeblich versucht habe, sich von Haas zu lösen. Im übrigen sei er sich bewußt, daß seine Tätigkeit eine "Arbeit in staatsfeindlichem Sinne" darstelle.

3. Der Angeeschuldigte Sommerauer ist ebemfalls geständig gewesen. Auch er hat behauptet, von dem Angeeschuldigten Haas verführt worden zu sein.

B e w e i s m i t t e l .

- I. Die Einlassungen der Angeeschuldigten in den Sonderbänden I bis II
- II. Die Strafregisterauszüge;
- III. Die bei den Angeeschuldigten beschlagnahmten Gegenstände :
S I 232, S III 27;
- IV. Die Lichtbildaufnahmen in den Anlagenbänden II bis IV.

Ich beantrage,

die Hauptverhandlung vor dem Volksgerichtshof
anzuordnen und den Angeeschuldigten Verteidiger
zu bestellen.

